

# Denunziation

## Mögliche Aufgaben und Fragestellungen

Was ist eine Denunziation und was unterscheidet sie von einer Anzeige, z. B. bei der Polizei?

Warum haben Menschen denunziert?

Welche Rolle können Denunziationen für Gesellschaft und Staat im Nationalsozialismus gespielt haben. Wie vertrug sich dies mit der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“?

Gibt es heute Denunziationen? Wären sie strafbar? Was könnte das heute für die Opfer bedeuten? Wäre das Mobbing?

## Informationen

- Im Duden findet sich unter „denunzieren“ dies: „aus persönlichen, niedrigen Beweggründen anzeigen; brandmarken.“
- Sowohl eine Anzeige als auch eine Denunziation waren in der Regel freiwillig. Eine Unterscheidung erscheint eindeutig, wenn bewusst eine nie begangene „Tat“ gemeldet wurde: Es war eine Denunziation. Wenn Denunzierte aber tatsächlich gegen geltendes Recht verstoßen hatten, wird auch von einer Denunziation gesprochen, weil das nationalsozialistische Deutschland kein Rechtsstaat war und sein Recht den Menschenrechten widersprach. In einem Rechtsstaat wären die meisten der gemeldeten „Verbrechen“ gar keine, auch waren die verhängten Strafen in Anbetracht der „Tat“ häufig unverhältnismäßig hoch. Das Motiv und die Tatsache, dass die Denunzianten um die möglichen Konsequenzen wissen konnten, spielen auch eine Rolle. Der Unterschied zwischen einer Anzeige und einer Denunziation ist letztlich auch eine Frage der herrschenden Moral.
- Die meisten der Denunziationen beruhten auf privaten Motiven wie Neid, Rache und Zorn, oder sie waren das Ergebnis privater Konflikte. Aus nationalsozialistischer Überzeugung wurde besonders dann denunziert, wenn die gemeldete „Tat“ in der Öffentlichkeit begangen wurde.
- Zwischen Denunziant und Opfer bestand meist eine soziale Beziehung. Besonders häufig wurden Arbeitskollegen und Nachbarn zu Denunzianten, auch gab es Denunziationen im familiären Umfeld.
- Die Bevölkerung wurde zur Denunziation aufgefordert.
- Die Bereitschaft zur Denunziation trug zur Funktionsfähigkeit des nationalsozialistischen Regimes bei. Die Gesellschaft übte in gewissen Bereichen eine soziale Kontrolle selbst aus und unterstützte so die Verfolgungsinstitutionen.

## Quellen

Die folgenden Berichte entstammen einer Sammlung von Berichten, die auf einen Aufruf der Celler Stadtverwaltung im November 1945 zurückgehen: Personen, die von den Nationalsozialisten geschädigt oder verfolgt worden sind, sollten sich melden und ihre Geschichte erzählen. In der Sammlung finden sich viele Opfer von Denunziationen.

## Lucie H.

Lucie H. aus dem Celler Stadtteil Hehlentor berichtete am 3. Dezember 1945, wie sie gleich mehrfach zum Ziel von Denunziationen wurde. Alle Denunzianten lebten in ihrer Nachbarschaft.

Anhand ihres Berichtes kann auch diskutiert werden, warum sie anfangs eine Anhängerin des Nationalsozialismus war und sich dann aber distanzierte.

Nachdem ich vor einiger Zeit die Bekanntmachung gelesen habe, wonach denjenigen, die Konzentrationslager gesessen haben, eine Entschädigung oder ein sonstiger Ausgleich zuteil werden soll, erlaube ich mir, Ihnen nachstehende Eingabe zu unterbreiten. Um Ihnen meine Angelegenheit verständlich zu machen, möchte ich Ihnen kurz die Vorgeschichte schildern, die zu meiner Inhaftierung geführt hat.

Im Jahre 1936 trat ich mit großen Erwartungen in die NSDAP ein. Ich erhoffte mir alles Gute von den Versprechungen des Führers. Ich musste jedoch bald feststellen, dass der von der Partei eingeschlagene Kurs völlig andere Wege ging, und mir deshalb nicht zusagte. Vor allen Dingen widerstrebten mir die Behandlung der Judenfrage und die Errichtung von Konzentrationslagern. Ich entschloss mich daher, aus der Partei auszutreten. Mein entsprechendes Gesuch wurde abgelehnt, und es wurde mir mit dem Konzentrationslager gedroht. Da ich mich vom Parteileben fernhielt, wurde ich vom Ortsgruppenleiter immer wieder ermahnt, die Parteiversammlungen zu besuchen und in der Frauenschaft tätig zu sein. Ich bin aber seit 1936 in keine Versammlung mehr hineingegangen und meine Entfremdung gegenüber der Partei führte schließlich doch dazu, dass ich in das Konzentrationslager hineinkam. Dazu kam es aus folgenden Gründen:

Erstens wurde mir der Vorwurf gemacht, dass ich defätistische Äußerungen getan habe.

Weiter wurde mir zur Last gelegt, dass ich gegen Ausländer und Kriegsgefangene freundlich gewesen bin.

Schließlich wurde mir auch meine Judenfreundlichkeit zur Last gelegt.

Zu Punkt 1 habe ich ganz offen erklärt

dass England noch keinen Krieg verloren habe und auch diesen Krieg nicht verlieren werde, weil das große und reiche Amerika zum Schluss helfen würde, wie die im ersten Weltkrieg auch geschehen sei. Außerdem sei es Wahnsinn, mit Russland Krieg zu führen. Wer den Verlauf der Geschichte kenne und in Geografie bewandert sei, könne das nur bestätigen.

Diese meine Äußerungen sind der Gestapo zugetragen worden.

2. Bei meinem Kaufmann K. [...] wurde über die Juden und die Alliierten geschimpft. Bei solchen Gelegenheiten habe ich die Juden in Schutz genommen. Ich erklärte damals, dass unsere Außenpolitik und die Behandlung der Juden nur zum Kriegseintritt Amerikas führen könnten und wir dann verloren wären. Bei Unterhaltungen über die Terrorangriffe wies ich darauf hin, dass wir Deutschen ja auch nach England flögen. Mir wurde dann vorgeworfen, ich nähme den Feind in Schutz.

3. Fall Bäckermeister H. [...]

Der Bäckermeister H. gab bei der Gestapo an, dass ich seinem Bäckergehilfen, einen Franzo-

sen, der mir gelegentlich den Mülleimer tragen half, Äpfel über den Zaun gegeben hätte, dass ich einen Polen beköstigt hätte, der mir hin und wieder im Garten geholfen hatte und dass alle französischen Kriegsgefangenen mich grüßten.

#### 4. Fall Eheleute O. [...]

Das Ehepaar O. bezichtigte mich der Gestapo gegenüber als anonyme Briefschreiberin. Veranlassung hierzu gab ein anonymes Brief, den die bei mir wohnende Angestellte B. geschrieben hatte, worin der Frau O. Drückebergerei vor der Frauenpflichtarbeit vorgeworfen wurde.

#### 5. Fall F. [...]

Die Eheleute F. zeigten mich beim Ortsgruppenleiter an, weil ich angeblich bombengeschädigten Hamburgern die Aufnahme verweigert hätte. Tatsächlich hatte ich mein Haus voll belegt. Der Sohn F. bestätigte dann gegenüber der Gestapo die gegen mich erhobene Beschuldigung, dass ich den bei mir arbeitenden Kriegsgefangenen Essen und Obst gegeben hätte.

#### 6. Fall D. [...]

Frau D. erhob gegen mich die Anschuldigung, ich hätte ihr gegenüber die Bezahlung für ordnungsgemäß geleistete Arbeit verweigert.

#### 7. Fall W. [...]

Frau W. suchte meinen Leumund dadurch zu beeinträchtigen, dass sie gegen mich die Beschuldigung erhob, ich hätte sie unter Anspielung auf ihre angebliche Schwangerschaft beschimpft. Sie war aber weder schwanger, noch habe ich sie jemals beleidigt.

#### 8. Fall Ehefrauen B., Sch. und H. [...]

Die genannten Frauen denunzierten mich, weil ich ein Russenmädchen in Schutz genommen habe, das bei B. im Dienst stand und dort mehrfach geschlagen war.

Alle diese geschilderten Tatsachen wurden offenbar vom Ortsgruppenleiter als Belastungsmaterial gegen mich gesammelt und der Gestapo unterbreitet. Für ihn mögen offenbar auch die angeführten Klatschereien nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung meiner Person gewesen sein. Die Gestapo nahm mich daraufhin in Schutzhaft. Ich wurde ins Konzentrationslager Ravensbrück/Meckl. überführt, nachdem ich vorher in 3 verschiedenen Gefängnissen eingesperrt war. Verhaftet wurde ich am 26. Oktober 1943. Zunächst kam ich in das hiesige Gerichtsgefängnis, wo ich bis Weihnachten 1943 blieb. Am Heiligen Abend 1943 wurde ich ins Gefängnis Lüneburg überführt. Dort blieb ich bis Mitte Januar 1944. Von dort aus kam ich ins Gefängnis Hamburg-Hütten. Dort blieb ich bis Februar 1944. Darauf kam ich endlich in das Lager Ravensbrück, von wo ich Anfang Oktober entlassen wurde.

Bei meiner Rückkehr fand ich meine Wohnung von den beiden Familien S. und M. besetzt vor. Trotzdem ich durch den Aufenthalt in den Gefängnissen und im Lager gelitten hatte, brachte mich der Bäckermeister H., mit der Familie S. verbündet, wiederum bei der Gestapo zur Anzeige. Bei der Vernehmung wurde ich gröblichst beschimpft und von dem vernehmenden Beamten mit einem Gummiknüppel über den Rücken geschlagen.

Aus dieser Schilderung wollen sie ersehen, wie ich habe leiden müssen. Das seelische Leid und die Qualen, die ich erlitten habe, können mir selbstverständlich niemals in meinem Leben wieder gutgemacht werden.

An Sachschaden habe ich durch meine Inhaftierung folgende Posten eingebüßt:

1. Meine Monatspension beträgt RM 246.--. Da ich genau ein Jahr fort war und mir während dieser Zeit die Pension nicht ausgezahlt wurde, habe ich rund RM 3.000.-- eingebüsst.

2. Ich war beim hiesigen Stadtbauamt als Angestellte tätig und verdiente dort monatlich RM 184.--. Auch diesen Verdienst in Höhe von rund RM 2.200.-- habe ich ebenfalls eingebüsst, so dass mein finanzieller Schaden schon allein RM 5.200.-- beträgt.

3. Aus meiner Wohnung sind während meiner Abwesenheit an Sachen wie Silberzeug, Wäsche, Kleider, Lebensmittel pp. im Werte von rund RM 600.-- verschwunden.

4. Außerdem habe ich einen Prozess beim Landgericht Berlin führen müssen, den ich verloren habe, weil ich mit meinen Anwälten überhaupt nicht korrespondieren konnte. Diesen Schaden will ich aber nicht in Anrechnung bringen.

Ich bitte höflichst, diese 3 Schadensposten in Höhe von insgesamt rund RM 5.000 zu prüfen und mir, wenn möglich, einen angemessenen Ausgleich zu gewähren.

(Stadtarchiv Celle, Best. 5 O, Nr. 120, Bl. 180-182; Namen wurden anonymisiert und Adressen entfernt.)

Dr. Reinhard D.

Am 8. Januar 1944 vormittags 11 Uhr wurde ich zur Gestapo vorgeladen und von Herrn Bi. verhört. Auf dem Tisch lag ein Protokoll unterzeichnet von Frau Bosse. Auf Grund dieses Protokolls wurde ich verhaftet und mit Auto dem Gerichtsgefängnis Celle zugeführt. Frau Bosse war damals Haushälterin bei meinem Freund Zahnarzt Dr. B. Bei einem Besuch – wenige Tage vorher – äußerte ich mich in Gegenwart der Frau Bo. „Schöne Schweinerei, der Russe ist durchgebrochen, wenn das so weiter geht, ist er im März in Breslau“. Die Äußerung hatte Frau Bo. der Gestapo gemeldet.

Mir wurde vorgeworfen, dass ich Auslandssender gehört und daraufhin vorstehende Äußerung getan hätte. Herr Bittrich fuhr sofort nach meiner Verhaftung nach meiner Wohnung und nahm mir das Radio fort. Bis heute habe ich trotz vieler Bemühungen noch kein Radio wieder.

Ich wurde 29 Tage in Einzelhaft gehalten und habe in dieser Zeit 15 Pfund abgenommen. Verhört wurde ich nicht, nur am letzten Tage meiner Haft erschien der Leiter der Gestapo Celle, Kriminal-Kommissar Lohde, und sagte, dass ich mit meinen Äußerungen den Soldaten in den Rücken gefallen wäre. Ich müsste mich erkenntlich zeigen, und er verlangte, dass ich dem Roten Kreuz eine Summe stiftete, die für mich auch finanziell spürbar wäre. Er nannte den Betrag von RM. 6.000.-- und es blieb mir nichts anderes übrig, als dieser Erpressung zuzustimmen, um meine Freiheit wieder zu erlangen. Somit bin ich durch die Nazis um Mein Radio – Mende – im Wert von RM. 400.-- und den Betrag von RM. 6.000.-- geschädigt.

(StA Celle, Best. 5 O, Nr. 120, Bl. 91; Namen von Privatpersonen wurden anonymisiert.)

## Dr. Leonhard K.

Dr. Leonhard K. war Studienrat am Oberlyzeum, heute Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium. Er gibt an, von einer Schülerin denunziert worden zu sein.

Trotz einer Untersuchung gegen ihn 1933 hatte Dr. K. im Jahre 1935 Ämter in der nationalsozialistischen Organisationsstruktur inne: Er war „Blockamtsleiter“ der NSV und „Referent für den evangelischen Religionsunterricht an höh. Schulen im N.S.L.B.“. Dennoch war er später offensichtlich nicht gegen Denunziationen gefeit.

Mit Bezugnahme auf den entsprechenden Aufruf in den „Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen“ teile ich mit, dass von der Kreisleitung der N.S.D.A.P. im Jahre 1933 ein Untersuchungsverfahren gegen mich eingeleitet worden ist, das jedoch im Sande verlief, ohne dass mir Genugtuung gegeben worden wäre, wie es der Direktor meiner Anstalt verlangt hatte. Beweis: Die Schulakten.

Im Januar ds. Js. [1945] wurde ich zur Gestapo zitiert, um mich dort gegen Anschuldigungen zu wehren, die üble Denunzianten gegen mich erhoben hatten. Der mich vernehmende Beamte namens Bittrich benahm sich einwandfrei, während ein zweiter, gar nicht mit meiner Vernehmung betrauter Beamter namens Kühne mich mehrfach in beleidigender Weise anpöbelte. Ich fühlte mich in meiner Ehre als Beamter und Mensch schwer gekränkt, erzählte auch davon sofort unseren Direktor Dr. V. und anderen Kollegen. Ich wurde mit einem „Staatspolitischen Verweis“ bestraft mit der Androhung, im Wiederholungsfalle sofort verhaftet und in ein Konzentrationslager abgeführt zu werden. Ausserdem wurde mir verboten, gegen eine Schülerin, die gegen mich auf der Gestapo falsch aussagte und deren Namen dem vernehmenden Beamten versehentlich entschlüpft war, irgendetwas zu unternehmen, widrigenfalls die Gestapo mich belangen würde. Der Kreisleiter Milewski, bei dem ich mich beschwerte, machte mir den Vorwurf, ich hätte mich geweigert, die Jugend politisch aufzuklären d.h. wohl in faschistischem Sinne zu bearbeiten. Das soll im September 1944 geschehen sein. Für jeden denkenden Menschen war der Krieg damals schon restlos verloren, und ich hätte entweder lügen müssen oder wäre der Gestapo verfallen, wenn ich geredet hätte. Dem Direktor des Oberlyzeums, Herrn Dr. V., der sich für mich einsetzte und auf dem Büro der Gestapo die Namen der Denunzianten wissen wollte, wurde von dem Gestapomann Bittrich gesagt, er – Bittrich – habe bereits von der Aussenstelle Lüneburg einen Verweis bekommen, dass er mich so nachsichtig behandelt habe. Er hätte mich nach der Anweisung aus Lüneburg sofort verhaften müssen.

Diese Untersuchungen und andere Bspitzelungen haben auf meinen Gesundheitszustand schädigend gewirkt und meine Familie wie mich selbst in der öffentlichen Meinung herabgesetzt. Zeugen: Direktor und Lehrkörper des Städt. Oberlyzeums.

(StA Celle, Best. 5 O, Nr. 120, Bl. 202-203; Namen von Privatpersonen wurden anonymisiert.)

## Gertrud R., Olga R. und Margarete R., geb. R.

Diese drei Frauen waren Schwestern. Sie berichten, wie sie denunziert und von den Denunzianten beschimpft und bedroht wurden.

Der Bericht von Gertrud R.:

Ich gebe Ihnen einen Bericht über die Verfolgungen, die mir durch die Nazis zu teil wurden.

Ich bin Schauspielerin und Schriftstellerin. Bis zum Jahre 1933 war ich an ersten Theatern Deutschlands in nur ersten Stellungen tätig. [...]

Zuletzt war ich in Berlin engagiert. Im Jahre 1943 verliess ich meine Berliner Wohnung wegen der zunehmenden Bombenangriffe und fand in Celle Unterkunft bei meiner verheirateten Schwester, Frau Margarete R. [...]

Mein Schwager, Otto R., ist der Eigentümer des Hauses. Als Mieter wohnt bei ihm der Obersteuersekretär Otto T. vom hiesigen Finanzamt mit seiner Familie.

Schon nach kurzer Zeit meines Hierseins begann seitens dieser Familie eine systematische Verfolgung unsererseits. Ihnen war bekannt, dass meine berliner Schwester, die ebenfalls nach hier übersiedelt war, längere Zeit verhaftet gewesen war aus politischen Ursachen.

Als erstes warf Frau T. (Blockwalterin) mir vor, ich könne nicht die Hand zum Heil Hitler Gruss aufheben.

Otto T., der Ehemann schrie im Jahre 1943 durch das Haus meines Schwagers: diese politisch unsaubren Kreaturen! Diese Brutstätte will ich einmal ausräuchern!

Im November 1943 stellte Frau T. an die Kreisleitung das Ersuchen, mich aus Celle ausweisen zu lassen. Man bestellte mich daraufhin zusammen mit Frau R. zum Kreisamtsleiter Wedekind.

Bei der Kreisleiterin, Frau Linnewedel, denunzierte mich Frau T. wegen meiner antifaschistischen Gesinnung des öfteren. Wiederholt wurde ich deswegen zur Kreisleitung bestellt.

Im Januar 1945 zeigte Otto T. mich bei der Gestapo an, Mitverfasserin eines anonym gegen ihn gerichteten Briefes zu sein. Zweimal erschien deshalb die Gestapo bei mir, einmal wurde ich dorthin bestellt, zweimal musste ich mich einer Schriftprobe unterziehen. Meine Unschuld erwies sich. (Vorladung der Gestapo vorhanden)

Am 18.3.45 bedrohte Otto T. mich mit dem Spaten und schrie: Nehmt euch in acht! Mit euch mache ich noch ganz was anderes. Ich warte nur darauf! Am 10.3.45 schrie er: „Ihr Parasiten am Volkskörper“ Aufhängen muss man euch! Dann spart der Staat Brot! (Beglaubigt durch ein beim Schiedsmann Lange aufgenommenes Protokoll)

Unsagbar habe ich durch diese Familie während der zwei Jahre gelitten! In meinen Räumen konnte ich nur Flüstern, weil dieser Mann im Hause herumschlich, an den Zimmern horchte, um evtl. ein staatsfeindliches Wort aufzufangen. Hielt ich mich mit meinen Angehörigen im Garten auf, brüllte er laut Beschimpfungen der oben angeführten Art aus dem geöffneten Fenster hinaus.

Dies sind die Verfolgungen, die ich in Celle erleiden musste.

In Berlin kannte man meine antifaschistische Gesinnung auch in Berufskreisen. Früher stand mir der Rundfunk offen, (Beweise vorhanden) die Nazis versperrten mir ihn vollständig. Meine Lustspiele gelangten in der Nazi Aera nicht zur Aufführung - - sie entsprächen nicht ihren „Belangen“. Man warf mir vor, gegen die Absichten der nationalsozialistischen Idee zu schreiben.

So war ich gezwungen, meine Arbeiten brach liegen zu lassen und auf den Tag der Befreiung zu warten.

Der Tag ist nun da.

Ist auch Celle nicht mein eigentlicher Wohnort, so bin ich doch der Ansicht, dass auch hier mir Gelegenheit gegeben werden könnte, mich kulturell, meinem Beruf als Schauspielerin und Schriftstellerin gemäss, zu betätigen.

Alle Wege waren mir in der Hitler-Zeit versperrt, weil bis zur Gauleitung hinauf meine Anti-Nazi Gesinnung bekannt und sehr ausführlich vermerkt war.

(StA Celle, Best. 5 O, Nr. 123, Bl. 37; Namen von Privatpersonen wurden anonymisiert und Adressen entfernt.)

Der Bericht von Olga R.:

Ich gebe Ihnen einen Bericht über die Verfolgungen, die ich durch die Nazis erlitten habe.

Ich bin Opernsängerin und war in Bremerhaven, Lübeck, Aachen und Staatstheater Kassel engagiert, ausserdem habe ich Gastspiele gehabt in Weimar, Kiel, Mannheim, Göttingen und Holland und war im Rundfunk tätig.

Bis März 1934 lebte ich in Berlin-Lichterfelde, aber wegen der zunehmenden Bombenangriffe verliess ich es und wohne seit der Zeit in Celle 58 bei meiner verheirateten Schwester, Frau Margarete Rö..

Die Verfolgung seitens der Familie T. sind dieselbe, die meine Schwester Gertrud erlitten hat. Nur bin ich 1943 noch von der Tochter des T., Frau V., öffentlich beleidigt worden: Sie Frauenzimmer! Wo sie schon gesessen haben! Am 12. Juli 1943 wurde diese Angelegenheit vor dem Amtsgericht Celle verhandelt.

Bei Ausbruch des Krieges 1939 wurde ich von der Gestapo in Berlin verhaftet wegen Aeusserungen. Eine Blockwalterin, namens P., aus Berlin Lichterfelde hatte Anzeige gegen mich erstattet. Ich war einige Wochen im Frauengefängnis des Polizeipräsidiums. Berlin, und nur eine Amnestie bewahrte mich vor dem K.Z. Lager Ravensbrück, für das ich bereits vorgesehen war. (Amtlicher Beweis vorhanden)

Ich war wegen meiner antifaschistischen Gesinnung bekannt, und bis zur Gauleitung hinauf wusste man, dass ich Verkehr mit jüdischen Familien unterhielt.

Weder flaggten wir noch gaben wir etwas für die Sammlungen während der ganzen Nazi-Jahre.

(StA Celle, Best. 5 O, Nr. 123, Bl. 31; die Namen wurden anonymisiert und Adressen entfernt.)



Der Bericht von Margarete Rö., geb. R.:

Ich teile Ihnen die Verfolgungen mit, die ich durch Nazis erlitten habe.

Im Jahre 1941 wurde ich von dem Obersteuersekretär Otto T., dem Mieter unseres Hauses, bei der Gestapo wegen Aeusserungen angezeigt. (schriftliche Vorladung vorhanden)

Frau T. beschimpfte mich wiederholt, ich sei keine Nationalsozialistin und könne nicht Heil Hitler sagen.

Dieselben Beschimpfungen, über die meine Schwester, Gertrud R., Ihnen berichtet, wurden auch meinem Mann und mir zuteil. Auch die Vorladung vor die Gestapo im Jahre 1945, die in erster Linie meinen Mann anging, galt auch mir. Meinem Mann wurde in übelster Weise von dem Gestapobeamten Bittrich angedroht, eingesperrt zu werden.

Wir haben schwere Jahre in unserem eigenen Hause durchgemacht durch die Beschimpfungen, körperliche Bedrohungen und Denunzierungen seitens der Familie Trenkel.

(StA Celle, Best. 5 O, Nr. 123, Bl. 37, 31, 33; Namen von Privatpersonen wurden anonymisiert.)